

05.06.2023

Tobias Fetsch

Burgunderstraße 9
64579 Gernsheim

Tel.: 0151 65675980
fetsch.tobias@web.de

[[konservativ | sachorientiert | bürgernah | liberal | pragmatisch

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Josef Geiger
c/o Stadtverwaltung
Stadthausplatz 1

64579 Gernsheim

Gernsheim, 03.06.2023

**Antrag: Resolution – Gernsheim wendet sich gegen „Heiz-Hammer“ und „Energie-Spitzelei“
der Ampel-Koalition in Berlin**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

als fraktionsloser Stadtverordneter beantrage ich, die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Resolution beschließen:

Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim

Sehr geehrter Herr Minister Habeck, sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete,

wir die Stadtverordneten der Schöfferstadt Gernsheim fordern Sie auf, das geplante „Gebäudeenergiegesetz“ gründlich zu überarbeiten.

Die geplante sofortige Umrüstung defekter Öl- und Gasheizungen droht viele Bürgerinnen und Bürger in unserer ländlich geprägten Region nicht nur finanziell zu überfordern. Ohne längere Übergangsfristen ist es nicht möglich, den derzeitigen privaten und kommunalen Immobilienbestand in so kurzer Zeit zu erneuern. Auch die Altersstruktur des Immobilienbestandes macht dies ad hoc unmöglich und überfordert Bürgerinnen und Bürger sowie die Schöfferstadt Gernsheim finanziell und stellt nicht nur unsere Kommune in Hinblick auf Verfügbarkeit von Equipment und Fachkräften vor nahezu unlösbare Aufgaben.

Auch führen die gesetzlich geforderten und danach umgesetzten Investitionen absehbar zu starken Mietsteigerungen und dadurch zu sozialen Verwerfungen.

Wir die Stadtverordneten der Schöfferstadt Gernsheim fordern deshalb, das geplante „Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze“ gründlich und bürgerfreundlich zu überarbeiten.

Des Weiteren ist die Schöfferstadt Gernsheim ist nicht bereit, auch mit finanziellen Ausgleichsleistungen, die gesetzlich geplante Aufgabe zu übernehmen, bei unseren Bürgerinnen und Bürgern die „gebäudescharfen jährlichen Energieverbräuche der letzten drei Jahre in Kilowattstunden pro Jahr“ durch städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erheben. Bereits die Datenerfassung zur Berechnung der Grundsteuer hat gezeigt wie schwer diese Daten einzuholen

sind. Es darf keine kommunale Aufgabe werden, unseren Bürgerinnen und Bürgern hinterher zu spionieren. Wenn der Bund Daten seiner Bürgerinnen und Bürger benötigt, dann möge er sich diese auf anderen Wegen besorgen.

Empfängerkreis dieser Resolution:

- der Bundesminister der Wirtschaft Habeck
- alle Fraktionen des Bundestages
- sowie alle Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises

Begründung:

Erfolgt mündlich.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'T. Fetsch', written in a cursive style.

Tobias Fetsch
Stadtverordneter